

Liechtensteiner Volksblatt

erschient Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Papst über Familienpolitik

Papst Johannes Paul predigte in Lima vor einer Million Menschen gegen Abtreibung, Scheidung und wilde Ehen. Zuvor hatte er in Ayacucho den Einsatz von Gewalt gegen Armut und Terror verurteilt.

Reagan legt Planetat vor

US-Präsident Reagan legte dem Kongress gestern den Planetat 1986 vor. Er sieht bei einem Umfang von 373,7 Milliarden Dollar ein Defizit von 180 Milliarden und Militärausgaben von 277,5 Milliarden vor.

Prozess gegen KZ-Arzt Mengele

Überlebende des KZ's Auschwitz begannen in Jerusalem einen «Prozess» gegen den bisher nicht gefassten KZ-Arzt Josef Mengele. Zunächst wurden Zeugen vernommen.

Camorra-Prozess begann

Der «Jahrhundertprozess» gegen 252 mutmassliche Mitglieder der Camorra begann gestern in Neapel unter grossen Sicherheitsvorkehrungen.

RAF bekennet sich zu Zimmermann-Mord

In der Stuttgarter Innenstadt wurde in einem Papierkorb ein Bekenner schreiben gefunden, in dem die RAF erneut die Urheberchaft für den Mord an dem Münchner Industriellen Ernst Zimmermann übernahm.

BRD: 2,6 Millionen Arbeitslose

Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik hat mit 2 619 409 Ende Januar ihren höchsten Stand seit Kriegsende erreicht.

Weniger Baubewilligungen

Im Jahre 1984 wurden weniger Baubewilligungen als im Jahr zuvor eingereicht. Dafür resultierte aus den Bewilligungen eine grösseres Bauvolumen, jedoch ein niedrigerer Bauwert. Wie aus der neuesten Statistik des Amtes für Volkswirtschaft hervorgeht, wurden im letzten Jahr insgesamt 354 (377) Baupläne bewilligt, die ein Bauvolumen von 411 088 Kubikmeter (328 727) umfassten und deren Wert nach den Kostenvoranschlägen 134,2 Millionen Franken (138,3 Millionen Franken) beträgt.

Im Vergleich zum Vorjahr sind dies 23 Baubewilligungen weniger, jedoch stieg das Bauvolumen um 7,4 Prozent an, während der Bauwert um 4,1 Millionen Franken oder um 3,0 Prozent zurückging.

Vom bewilligten Bauvolumen entfielen 44,9 Prozent (49,1 Prozent) auf den Wohnungsbau, 42,1 Prozent (37,2 Prozent) auf Industrie- und Gewerbebauten, 4,1 Prozent (6,2 Prozent) auf landwirtschaftliche Bauten und 8,9 Prozent (7,5 Prozent) auf öffentliche Bauten.

Nach den Baukosten steht ebenfalls der Wohnungsbau mit 55,3 Prozent (57,2 Prozent) an der Spitze, gefolgt von den Industrie- und gewerblichen Bauten mit 32,1 Prozent (30,2 Prozent), den landwirtschaftlichen Bauten mit 1,9 Prozent (2,1 Prozent) sowie den öffentlichen Bauten mit 10,7 Prozent (10,5 Prozent).

Nebenbei

Ganz so knauserig, wie es den Anschein macht, geht der Landtagsabgeordnete Günther Wohlwend (VU) mit dem Theater am Kirchplatz (TaK) doch nicht um. Das TaK-Defizit, so rechnete er im Landtag vor, belaste jede Person mit 16 Franken, das heisst «eine Familie mit vier Personen bezahlt an das TaK pro Jahr 84 Franken.»

Mit den etwas über 30 Prozent Zuschlag, die der Abgeordnete Wohlwend bei seiner Familienrechnung kühl draufgibt, könnte wahrscheinlich auch das TaK gut leben.

Blockade an den liechtensteinischen Übergängen

Lastwagen versperrten gestern den Weg über die liechtensteinisch-schweizerischen Brücken



Bereits am frühen Morgen versperrten gestern Lastwagen alle liechtensteinisch-schweizerischen Übergänge. Nur noch Personenwagen und die öffentlichen Verkehrsmittel konnten die Brücken passieren. Unser Bild zeigt die Blockade auf der Brücke Schaan-Buchs gestern morgen um zehn Uhr. Nach einer Besprechung zwischen der Regierung und den beteiligten Transportunternehmen wurde die Blockade um 13.30 Uhr wieder aufgehoben.

Die Lastwagen-Blockade an den Grenzen zur Schweiz wurde gestern auch auf die liechtensteinisch-schweizerischen Grenzübergänge ausgedehnt. Bereits ab 6.30 Uhr wurden die Übergänge in Balzers-Trübbach, Vaduz-Sevelen, Schaan-Buchs, Benders-Haag und Ruggell-Salez durch quergestellte Lastwagen so weit eingeeignet, dass praktisch nur noch die Personenwagen sowie die öffentlichen Verkehrsmittel passieren konnten. Nach einer Besprechung zwischen der Regierung und den beteiligten Transportunternehmen wurde beschlossen, die Blockade um 13.30 Uhr aufzuheben.

Die Lastwagenchauffeure verteilen an die PKW-Lenker ein Flugblatt, das von einer «Interessengemeinschaft für den grenzüberschreitenden Strassengüterverkehr» stammt. Darin wurde um Verständnis für die Anliegen des Transport-

gewerbes geworben und darauf hingewiesen, dass man versuche, «in einem friedlichen Europa einen schweizerischen Wirtschaftszweig zu retten, der infolge Irrtum, Fehleinschätzung und mangelndem Verständnis (von allen europäischen Regierungen) in ruinöse Bedrängnis geraten» sei. Die blockierenden Lastwagenhalter forderten «eine logische und sinnvolle Verkehrspolitik», die «Wiederherstellung von gesunden Wirtschaftsbedingungen» sowie eine friedliche Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten.

Besprechung mit Regierung

Nach einem Augenschein an den Übergängen durch die Polizei wurde am späten Vormittag eine Besprechung zwischen Vertretern der Regierung und des Lastwagengewerbes einberufen, an der Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt als zuständiger Ressortchef für

Verkehr, Regierungschef Hans Brunhart, Dr. Benno Beck vom Amt für Volkswirtschaft, Polizeihauptmann Vinzenz Batliner und Beat Marxer, Sekretär der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, sowie die beteiligten Transportunternehmer teilnahmen. Nach Auskunft von Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt hätten die offiziellen Stellen ein gewisses Verständnis für die Anliegen der Transportunternehmer gezeigt, doch sei entschieden darauf hingewiesen worden, dass man derartige Blockaden als ungeeignetes Mittel zur Lösung der Probleme betrachte. Die Transportunternehmer ihrerseits wiesen darauf hin, dass es sich bei der Blockade um eine Protestaktion gegen die von der Schweiz eingeführte Schwerverkehrsabgabe gehandelt habe. Die liechtensteinischen Transportunternehmen hätten sich aus Solidarität zu ihren schweizerischen Berufskollegen an der Blockade beteiligt und auch, um auf die aus dem Ausland zu erwartenden und zum Teil bereits getroffenen Gegenmassnahmen hinzuweisen, von denen das liechtensteinische Transportgewerbe ebenfalls betroffen ist.

Einigung in Güte

Die Blockade-Aktion wurde nach diesem Gespräch um 13.30 Uhr beendet. Bereits vorher waren die Sperren auf dem Übergang Schaan-Buchs etwas gelockert worden, um die zahlreichen Lieferungen liechtensteinischer Industrieunternehmen zum Bahnhof Buchs sowie Lieferungen der Lebensmittelbranche nicht zu behindern. Der Regierung sei es darum gegangen, meinte Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt, die ganze Angelegenheit in Güte zu bereinigen, was auf entsprechendes Verständnis bei den Transportunternehmern gestossen sei.

Auf der anderen Seite habe die Regierung aber auch auf die möglichen Konsequenzen aufmerksam gemacht, welche die Unternehmer im Wiederholungsfall oder im Fall einer länger dauernden Blockade zu ziehen hätten. In der Besprechung mit den Transportunternehmern sei auch unterhört worden, sagte Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt abschliessend, dass bereits Massnahmen getroffen und die zuständigen Stellen im Ausland davon in Kenntnis gesetzt wurden, dass im Fürstentum Liechtenstein keine Schwerverkehrsabgabe erhoben werde und die liechtensteinischen Unternehmen damit keinen Retorsionsmassnahmen unterworfen werden könnten. (G.M.)

Mehr über die Grenzblockade an den schweizerischen Übergängen lesen Sie auf der letzten Seite dieser Ausgabe.

Ursula Konzett kommt in Fahrt

Grossartiger zweiter Rang im WM-Kombinationslalom hinter der neuen Weltmeisterin Erika Hess



Kann die 25jährige Triesnerin Ursula Konzett das Kunststück von Sarajevo (WM-Bronze im Slalom) an den diesjährigen Alpiner Ski-Weltmeisterschaften in Bormio wiederholen? Die Zeichen stehen jedenfalls gut, denn im gestrigen Kombinations-Slalom, den sie mehr oder weniger aus Trainingsgründen für den am kommenden Samstag bevorstehenden WM-Spezialslalom bestritt, erreichte Ursula Konzett den ausgezeichneten zweiten Schlussrang. Die Triesnerin fuhr in beiden Durchgängen jeweils die zweitbeste Laufzeit und wurde nur von der Schweizerin Erika Hess geschlagen, die sich damit in Bormio zur Kombinations-Weltmeisterin 1985 küren liess. Unser Funkbild aus Bormio zeigt eine lachende Ursula Konzett zusammen mit Erika Hess, der überragenden WM-Siegerin in der Kombination. (Mehr vom gestrigen Rennen und über die beiden WM-Teilnehmer Ursula Konzett und Günther Marxer im Sportteil auf Seite 7.)

KOMMENTAR

Stimmabstänzen im Anzug?

Das Abstimmungsresultat vom vergangenen Wochenende wird durch zwei Gesichtspunkte geprägt: Einer davon ist die überaus deutliche Abfuhr der Regierungsvorlage zum Jagdgesetz, der andere die Stimmbeteiligung von 68,5 Prozent. Der zweite Aspekt, jener der Stimmbeteiligung, sollte in den Diskussionen nach der Abstimmung nicht ausser acht gelassen werden. Vor allem müsste versucht werden, die Beweggründe für die niedrige Stimmbeteiligung herauszufinden.

Vorerst zum Faktum: Seit Einführung der neuen Verfassung von 1921, welche die Volksrechte der Initiative und des Referendums brachte, ist die Stimmbeteiligung in unserem Land erst zweimal unter die Marke von 70 Prozent gesunken – 1972 bei der Abstimmung über die Erhöhung der Abgeordnetenzahl im Landtag und nun beim Jagdgesetz. Da in diesem Jahr wiederum über die Erhöhung der Mandatszahl und die Stellung der stellvertretenden Abgeordneten abgestimmt werden soll, würde sich eine genaue Analyse der Stimmbeteiligung sicher lohnen.

Im Vorfeld der Abstimmung über das Jagdgesetz konnte da und dort der Ausspruch vernommen werden, die Stimmbeteiligung werde durch den Miteinbezug der Frauen in die Entscheidung zurückgehen. Noch liegen zwar keine gesicherten Zahlen vor, doch war in den Abstimmungslökalen zu erfahren, dass die Frauen ihrer Verpflichtung als Stimmbürgerinnen sehr gut nachgekommen seien.

Zweifellos sind nicht alle Frauen zur Urne gegangen, doch sicher auch nicht alle Männer. Die Ursache also bei den Auswirkungen der politischen Gleichberechtigung zu suchen, dürfte etwas verfehlt sein.

Eher ins Gewicht fallen dürfte der Umstand, dass sich viele Bürger bei dieser Sachabstimmung überfordert fühlten, weil sie mit Jagd und dergleichen bisher nichts zu tun hatten, sich dafür auch nicht speziell interessierten – und deshalb zu Hause blieben. Die recht hohe Zahl von leeren Stimmzetteln deutet darauf hin, dass zahlreiche Bürgerinnen und Bürger ihre staatspolitische Pflicht ernst nahmen, zur Abstimmung schritten, sich aber nicht für oder gegen das vorgelegte Gesetz entscheiden konnten.

Und dann wäre noch das Problem der Stimmabstänzen, die sich in anderen Staaten (auch) in zunehmendem Masse zeigt. Dieses Fernbleiben hat eine Reihe von Ursachen, die es zu ergründen gilt. Dazu gehört nicht nur die Überforderung durch die Gesetzesmaterie, sondern auch das Gefühl der Ohnmacht gegenüber einem Staat, der ohnehin alles regelt oder dessen Exponenten alles regeln und reglementieren wollen.

Es bleibt zu hoffen, dass nicht nur die Gründe für die Stimmabstänzen erforscht, sondern auch die richtigen Schlüsse daraus gezogen werden. (G.M.)

Rauchen wird teurer!

Das Rauchen kommt ab 1. April in der Schweiz und in Liechtenstein aus einem doppelten Grund – ein Päckchen Zigaretten z.B. um 20 Rappen – teurer zu stehen. Zum einen erhöhen die Fabrikanten auf dieses Datum ihre Preise, zum andern hebt der Bund die Tabaksteuer um durchschnittlich fünf Prozent an. Letzteres hat der Bundesrat gestern beschlossen.

Bei gleich hohen Verkäufen kann der Bund mit jährlichen Mehreinnahmen von zirka 30 Millionen Franken an Tabaksteuer und von elf Millionen Franken an Warenumsatzsteuer rechnen, wie das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) dazu mitteilte. Die Tabaksteuer dient in vollem Umfang der Finanzierung der AHV. 1984 brachte sie dem Bund rund 780 Millionen ein.

Der letzte, durch die Tabakindustrie vorgenommene Aufschlag für Zigaretten (+ 20 Rp.) geht auf den 1. Mai 1982 zurück.